

Der WirtschaftsReport

Nachrichten & Kommentare

April 2015

6. Jahrgang

UNREALISTISCHE BRÜSSELER GEDANKENSPIELE:

Nichts als heiße Luft – ein neues EU-Energiekonzept



An der Form der Stromerzeugung scheiden sich die Geister in den EU-Ländern.

© RWI

> Günter Spahn

Die EU will eine Energieunion nach dem Modell der Währungsunion etablieren. Am 25. Februar 2015 stellte die Europäische Kommission das lange erwartete Energiekonzept für die EU vor. Es kam dabei – um es im Ergebnis vorwegzunehmen – außer heißer Luft, Worthülsen und grauer Theorie nichts Konkretes oder Belastbares heraus: Für jeden etwas und nur keinen Ärger bei den Mitgliedsländern provozieren. Dies könnte das Motto für die Energieunion, die analog der Währungsunion der EU jetzt vorschwebt, gewesen sein. Schon die Dachzeile in der Pressemitteilung der EU-Kommission (Deutschland) stellt eine nichtssagende Verbeugung vor der Mehrheit dar:

Eine europäische Energieunion für sichere, nachhaltige und bezahlbare Energie propagiert die EU. Dies ist ja wohl selbstverständlich – wer will keine sichere und preiswerte Energie? Aber wenn es konkret – sprich heiß – wird (etwa zum Stellenwert der Kernenergie) weicht die EU aus. Auch eine Energieunion beispielsweise im Bereich der Gasbeschaffung kann übrigens auch strukturell nicht funktionieren, weil die Ausgangspositionen der unterschiedlichen Mitgliedsländer völlig konträr sind. Auch auf längere Zeit sind beispielsweise einige osteuropäische (konkret Bulgarien) und baltische Staaten zu über 90 Prozent vom russischen Gas abhängig.

Verflüssigtes Gas soll im Rahmen der Energieunion mehr Zugang in die Märkte erhalten. Dabei erwähnt das Papier nicht, dass derzeit noch nicht einmal eine Infrastruktur für LNG (das ist Flüssiggas, das per Spezialtanker über die Meere transportiert wird) im notwendigen Ausmaß in der EU zur Verfügung steht. Dazu sind große Hubs notwendig. Lediglich westlich von Rotterdam gibt es ein LNG-Terminal. In Deutschland wurden entsprechende und bereits vorhandene Planungen energiepolitisch vernachlässigt. Doch dies ist alles nicht der eigentliche Knackpunkt.

ENERGIEPOLITISCHE MAKULATUR

Alle noch so schönen Überlegungen sind Makulatur, solange im Energiebereich Überlegungen, wie die einer Energieunion, durch Brüssel

nicht geändert werden können. Die Energiepolitik und deren Ausgestaltung, einschließlich der Erzeugungstechnologien, liegt gemäß dem EU-Vertrag in der Zuständigkeit jedes EU-Mitgliedes. Daran wird auch künftig nicht zu rütteln sein. Auch Deutschland selbst wird übrigens an der eigenen Energiezuständigkeit festhalten, weil unser Land die Rolle in der Deutungshoheit für die richtige Energie beansprucht und andere EU-Länder keineswegs in „unsere“ Energiepolitik das Non plus Ultra sehen. Genau dies führte und führt ja zur grotesken Situation, dass die deutsche Energiewende mit dem Austritt aus der Kernenergie – entstanden aus einer Angsthysterie nach Fukushima – auch nicht ansatzweise mehr Sicherheit für Deutschland bringt. Die Sicherheit oder die Angst war neben der Klimaproblematik das zentrale Anliegen der deutschen Energiewende. Aber wenn wenige Kilometer hinter den deutschen Grenzen Kernkraftwerke auch langfristig betrieben werden, darf man schon fragen, was in puncto Sicherheit die Energiewende bringt. Frankreich wird noch sehr lange an der Kernenergie festhalten, eine geplante Energieunion hin oder her. Die Anlagen in Fessenheim und Cattenom sind geographische „Nachbarn“; Belgien wird die Anlagen Tihange ebenfalls ausbauen. Das Land setzt auch nach jüngsten Äußerungen weiter auf die Kernenergie.

Vor allem das Vereinigte Königreich geht seine eigenen Wege und forciert sogar ganz enorm die Kernenergie. Die EU hat im Herbst 2014 Subventionen der britischen Regierung für den Ausbau von Hinkley Point mit

zwei weiteren Reaktorblöcken in Milliardenhöhe genehmigt und somit eine Energieunion analog der Währungsunion ins Absurdum geführt. Die Briten nannten eine Bausumme von 19 Milliarden Euro. Man stelle sich einmal vor, man wollte den Briten die Erzeugungstechnologie aus Brüssel vorschreiben. Der Austritt des Landes – so er nicht ohnehin kommt – wäre Programm. Auch das EU-Mitgliedsland Ungarn hat soeben einen Vertrag mit Russland für zwei weitere Reaktoren in Paks abgeschlossen. Weil die EU weiß, dass sich in Fragen der Erzeugung die Mitgliedsländer nichts vorschreiben lassen, gibt sich die Kommission bei der Kernenergie meinungsneutral.

DIFFERENZEN ZUR KERNENERGIE

Insgesamt haben sich vor einigen Wochen mehrere EU-Länder unter Federführung von Rumänien in einem Schreiben an die EU-Kommission für eine stärkere Förderung der Kernkraft im Stromerzeugungsmarkt eingesetzt. Dieser Forderung hat sich Sigmar Gabriel, Deutschlands Vizekanzler und Minister für Wirtschaft und Energie, entgegengestellt. Vor dem Hintergrund eines geplanten gemeinsamen EU-Energie-marktes sprach er sogar von einem neuen Spaltthema in der EU. Aber

auch die andere Seite lässt nicht locker. Deutschland solle davon Abstand nehmen, anderen Mitgliedsstaaten „lehrmeisterhaft vorzuschreiben, welche Energiequellen sie nutzen sollen“, sagte etwa der CDU/CSU-Gruppenchef Herbert Reul im Europäischen Parlament gegenüber der Tageszeitung „Die Welt“ mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass die Energiepolitik Sache der einzelnen Mitgliedsstaaten sei. Dies gilt übrigens auch für das in Deutschland so umstrittene Fracking, dem die EU aus Gründen der Reduzierung der Abhängigkeit von Russland durchaus auch in Europa die Berechtigung einräumt. Sie sei – so das EU-Papier – „eine Option“, sofern die öffentliche Akzeptanz angemessen berücksichtigt würde. Also graue Theorie, denn die Akzeptanz für Fracking wird etwa im Lande der richtigen Deutungshoheit (Deutschland) nicht zu erreichen sein. Ein Widerspruch zur Option Fracking ist das EU-Papier auch deshalb, weil andererseits die EU in ihrem Strategiepapier zur Energieunion fordert, sich von einer auf „fossilen Brennstoffen beruhenden Wirtschaft abzuwenden“. Ohne jetzt die einzelnen Prämissen der Brüsseler Gedankenspiele konkret zu kommentieren, lässt sich zusammengefasst das Papier wie folgt bewerten: Widersprüche und keine klare Strategie. Reizthemen wurden ausgeklammert – von Harmonisierung keine Spur.

Bruttostromerzeugung in Deutschland nach Energieträger

in Milliarden Kilowattstunde

Energieträger	2013	2014
Braunkohle	160,9	156,0
Kernenergie	97,3	96,9
Steinkohle	121,7	109,9
Erdgas	67,5	58,5
Mineralölprodukte	7,2	5,0
Erneuerbare	152,4	157,4
Übrige	26,2	26,7
Bruttoerzeugung gesamt	633,2	610,4
Brutto-Inlandsstromverbrauch	599,4	576,3

in Prozent

Energieträger	2013	2014
Braunkohle	25,4	25,6
Kernenergie	15,4	15,9
Steinkohle	19,2	18,0
Erdgas	10,7	9,6
Mineralölprodukte	1,1	0,8
Erneuerbare	24,1	25,8
Übrige	4,1	4,3
Bruttoerzeugung gesamt	633,2	610,4
Anteil der Erneuerbaren Energieträger an der Deckung des Stromverbrauchs		27,3

*Quelle: BDEW, BMWi, Stat. BA, Stat. der Kohlenwirtschaft, AGEB, ZSW

Inhalt:

Seite 2: Deutsche Wirtschaft sieht mehrheitlich Russland-Sanktionen reserviert

Seite 3: Im deutschen schienengebundenen Regionalverkehr werden die Karten neu gemischt

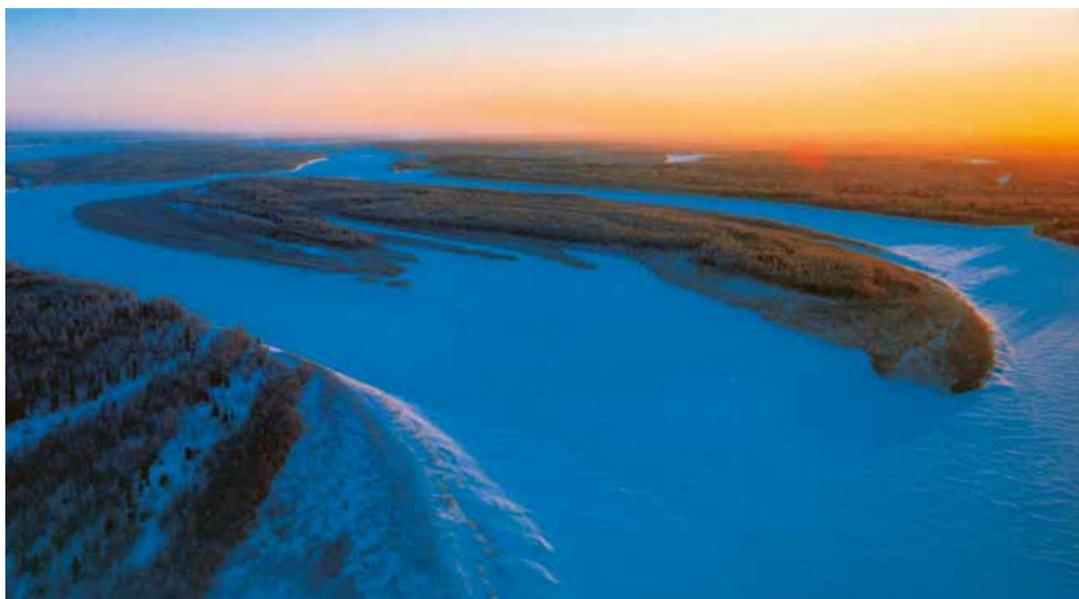
Seite 4: Das wichtigste Lebensmittel Wasser braucht mehr Schutz

Seite 5: Augsburgs historische Wasserwirtschaft will UNESCO-Welterbe werden

Seite 6: Schwimmende Roboter in Bremen

WIE MAN IN MEDIEN STIMMUNGEN ZU RUSSLAND VERGIFTET:

Die deutsche Wirtschaft will den Dialog



Stimmungsvoll im sibirischen Nowy Urengoi – das deutsch-russische Gasprojekt Achimgaz.

© Wintershall

> Günter Spahn

Mit zu den dümmsten Schlagworten vieler Medien gehört das Begriffspaar Russland-Versteher oder Putin-Versteher. Damit sollen im Umfeld der Ukraine-Krise Personen, die nicht dem Geplapper des Presse-Mainstream folgen und kritische Fragen stellen sowie auf Augenmaß und Dialog setzen, in eine bestimmte Ecke gedrängt werden. Ob Helmut Schmidt, Gerhard Schröder oder Matthias Platzeck – um nur zwei ehemalige Bundeskanzler und einen langjährigen Ministerpräsidenten zu nennen – oder Topmanager wie Siemens-Chef Joe Kaeser: sie alle wurden als naive Glaubensgenossen eingestuft, die die wahren Absichten Russlands nicht verstehen. Dem Mainstream der Medien sei aber gesagt, dass als Vorausset-

zung für eine Entspannung zumindest der Versuch gemacht werden sollte, Gesprächspartner, heißen sie Putin oder wer auch immer, in der Tat zu verstehen. Wir brauchen weniger hitzige Heißsporne und mehr Versteher. Denn wer Türen zuschlägt, muss sie irgendwann einmal wieder öffnen. Der negative Touch des Begriffspaares „Putin- und Russland-Versteher“ ist auch im Interesse der globalpolitischen Entwicklungen absolut kontraproduktiv.

Selbst angesehene überregionale Tageszeitungen überschlugen sich – lange schon vor den Ereignissen auf dem Maidan und den dann folgenden Entwicklungen – mit zum Teil boshafte Aussagen gegenüber Putin und Russland. Allein nur die negativen Überschriften(!) in deutschen Medien vor und während der olympischen Winterspiele in Sotschi wurden aneinandergereiht locker meh-

re Zeitungsseiten füllen. Was gingen uns (nur ein Beispiel) in Deutschland die vermeintlich hohen Kosten der Spiele in Sotschi an, an denen übrigens Deutschland durch Aufträge partizipierte. Musste die Kosten der deutsche Steuerzahler aufbringen? Weshalb wurde Putin monatelang wegen seinem Lieblingsprojekt Sotschi schon vor den eigentlichen Spielen geärgert? Zeitungen sensibilisierten in Deutschland den eigentlich beschämenden und unbefugten Auftritt der „Pussy Riot Damen“ in der Moskauer Erlöser-Kathedrale und kritisierten mit dem Verweis auf die Menschenrechte die Bestrafung in Russland. Die jungen Frauen waren übrigens nach kurzer Strafe wieder in Freiheit. Menschenrechte sind kein Freibrief für die Verletzung von Gefühlen der orthodoxen Christen Russlands. Ein ähnlicher späterer Vorfall im Kölner Dom wurde ebenfalls zurecht bestraft. Übrigens

werden Verletzungen der Menschenrechte in befreundeten Ländern des Westens gerne großzügig übergangen. Haben etwa die USA je ihren Freund Saudi-Arabien wegen der dortigen teilweise mittelalterlichen Strafpraxis (Auspeitschungen, Stockschläge) international angeprangert?

MEINUNGSUMFRAGEN – KEINE DEUTUNGSHOHEIT

Vor wenigen Tagen wollte die bürgerlich-konservative „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ mit einer beim Meinungsforschungsinstitut Allensbach in Auftrag gegebenen Meinungsumfrage nachweisen, dass die „Mehrheit der Deutschen Putin die Alleinschuld am Ukraine-Konflikt“ gäbe und auch mit einer klaren Mehrheit für die Beibehaltung der Sanktionen votierten. Zunächst sind Meinungsumfragen so eine Sache. Es kommt auch auf die ganz konkrete Fragestellung an. So hat Allensbach-Projektleiter Thomas Petersen in einem Beitrag in der FAZ darauf hingewiesen, dass 55% der Befragten Russland „als ein Hauptschuldiger an dem Konflikt“ nannten. Ein Hauptschuldiger ist etwas anderes als der Hauptschuldige. Was aber grundsätzlich von Befragungen zu halten ist, haben vor wenigen Tagen aktuell die Wahlergebnisse zur Knesset überdeutlich gezeigt, nämlich nichts.

Selten zuvor lagen die Meinungsforscher so daneben. Aber auch in Deutschland haben sich Meinungsinstitute gelegentlich böse blamiert. Entgegen zur Allensbach-Umfrage zum Thema Schuldfrage am Ukraine-Konflikt und der Berechtigung oder Nichtberechtigung von Sanktionen gegen Russland, kommen Inter-

netforen und die „Kommentarspalten der Internetausgaben deutscher Massenmedien“ (Thomas Petersen) zu völlig anderen Ergebnissen, was der zuständige Allensbach-Projektleiter auch einräumt. Hat nun Allensbach die alleinige Weisheit gepachtet und somit Deutungshoheit? Selbstverständlich haben aber auch die Internetforen nicht die alleinige Richtungskompetenz.

Abgesehen davon, muss man Befragungen der Meinungsinstitute vor dem Hintergrund des antirussischen Meinungsbildes im deutschen Mainstream stark relativieren. So veröffentlichte gerade in diesen Tagen die FAZ sogar im Feuilleton einen Beitrag unter der Überschrift „Russlandverstehrer unerwünscht“. Liest man dann den Bericht, geht es um Stimmungsbilder u.a. in Polen, wo fast schon traditionell eine intransigente Haltung gegenüber Russland zu registrieren ist. Aber für den deutschen Leser wirkt zunächst die aggressive Überschrift. So ist es nicht weiter verwunderlich, dass ein bestimmtes Stimmungsbild transportiert wird. Realistischer sind da schon gezielte Meinungsumfragen etwa bei Unternehmen, die entweder in Russland aktiv sind oder mit dem Land Handel treiben (siehe Bericht unten). Grundsätzlich passen aber Meinungsumfragen zur Schuldfrage nicht in ein Umfeld, in dem es eigentlich darum geht, die Stimmungslage zu entzerren. Allein der jetzt erfolgte Versuch, Russland mit einer Meinungsumfrage an den Pranger zu stellen, führt schlimmstenfalls zu einer Verhärtung der Lage. Zu fragen wäre vielmehr, weshalb man diese Allensbach-Meinungsumfrage abseits der wirklich Beteiligten – wie die Wirtschaft – überhaupt machte. Was soll mit fragwürdigen Meinungsumfragen bezweckt werden?

DEUTSCHE WIRTSCHAFT SIEHT RUSSLAND-SANKTIONEN RESERVIERT:

Sanktionen gefährden gewachsene Wirtschaftsbeziehungen

> Günter Spahn

Wirtschaftssanktionen sind kein Weg zur Lösung von Krisen. Sie verhärten ganz im Gegenteil das politische Klima und erschweren die Rückkehr zur Normalität. Sanktionen sind auch nicht harmlos, sondern als eine Art Wirtschaftskrieg oft die erste Stufe zum Eintritt in militärische Auseinandersetzungen. Dies gilt insbesondere im aufgeheizten Umfeld der Ukraine-Krise.

Zwar erkennt die deutsche Wirtschaft grundsätzlich den Primat der Politik an, aber 42% der befragten Unternehmen halten Wirtschaftssanktionen grundsätzlich für ein ungeeignetes Mittel, um politische Konflikte zu lösen. Weitere 35% lehnen Wirtschaftssanktionen zum jetzigen Zeitpunkt ab und lediglich 24% – noch nicht einmal ein Viertel – halten die

EU-Wirtschaftssanktionen gegen Russland für angemessen. Dies sind die Ergebnisse der 12. Umfrage des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft und der Deutsch-Russischen Außenhandelskammer zu Beginn dieses Jahres 2015. Diese Erkenntnisse stehen deutlich im Gegensatz zu Befragungen durch Allensbach zum Thema Sanktionen (siehe Beitrag oben).

DEUTSCHE WIRTSCHAFT HÄLT AN RUSSLAND FEST

Auch entwickeln sich die Sanktionen immer mehr auch für die deutsche Wirtschaft zum Ärgernis. Nach einer ARD-Text-Meldung, die sich auf Reuters und das Statistische Bundesamt bezieht, brachen die deutschen Expor-

te nach Russland 2014 um 18,1% oder rund 6,5 Milliarden Euro ein. Diese Entwicklung wird auch durch die neueste Umfrage des Ost-West-Ausschusses indirekt bestätigt. Demnach wirke sich auf drei Viertel der befragten Unternehmen der Ukraine-Konflikt negativ oder sogar stark negativ aus. Dr. Rainer Seele, Präsident der Deutsch-Russischen Außenhandelskammer und Vorstandsvorsitzender der Wintershall Holding, wies darauf hin, dass alle ausländischen Unternehmen in Russland bereits die Auswirkungen der Krise spüren. „Aber Russland ist nach wie vor der größte Handelspartner in der Region, und die deutsche Wirtschaft hält an dem Land fest. 6.000 deutsche Firmen im Markt bestätigen das“, sagte Seele. Dies sei ein deutliches Zeichen. Die Politik müsse alles unternehmen, „schnellstmöglich wieder miteinander ins Gespräch zu kommen und nachhaltige Lösungen zu finden. Wir brauchen also mehr Verständnis.“

Die BASF, zu der Wintershall gehört, ist z.B. nicht nur im Energiebereich (Erdgas) einer der wichtigsten Partner Russlands. Auch wenn die aktuelle Situation angespannt sei, sind Russland und Europa aufeinander angewiesen. Seele: „Die Fakten zeigen: Europa bleibt auf absehbare Zeit der größte und wichtigste Absatzmarkt für russisches Erdgas.“ Bei allen derzeitigen politischen Irritationen darf nicht vergessen werden, dass in dem so wichtigen Bereich des Energieträgers Erdgas Russland und Deutschland auf eine inzwischen über 40-jährige erfolgreiche Zusammenarbeit zurückblicken können. Selbst zu Zeiten des „kalten“ Krieges noch unter Sowjetzeiten und lange vor der deutschen Wiedervereinigung, funktionierten die Lieferbeziehungen beim Erdgas zwischen Deutschland und Russland ungestört. Insofern ist es sehr bedauerlich, dass es zur Absage der geplanten South-Stream-Pi-

peline kam. Die Russen setzen jetzt auf eine Pipeline in die Türkei und eine vertiefende Zusammenarbeit mit diesem Land.

Aber nicht nur im Energiebereich bestehen auf der deutschen Unternehmensebene eine gute Zusammenarbeit mit den russischen Partnern. Selbst die Tourismuswirtschaft beklagt das Ausbleiben russischer Gäste. Währungsprobleme setzen der deutschen Automobilindustrie im Absatzmarkt Russland zu. Und schließlich befürchten viele deutsche Unternehmen globalpolitische Auswirkungen durch eine Hinwendung Russlands nach China und anderen asiatischen Konkurrenten Deutschlands. Russland ist keineswegs isoliert, wenn nur die Beispiele China, Indien, das NATO-Mitglied Türkei, Brasilien, Argentinien und andere Staaten als Beleg dienen. Mit allen genannten Ländern baut Russland derzeit die wirtschaftliche Zusammenarbeit erheblich aus.

IST DIE BAHN EIN SCHLECHTER VERLIERER?

Neuer Betreiber für Nürnberger S-Bahn

> Sven Skoglund

Große Aufregung im Nürnberger Land. Die dortige S-Bahn, derzeitiger Streckenumfang 224 Kilometer, soll ab 2018 – zunächst bis 2030 – einen neuen Betreiber erhalten. In einem Bieterverfahren der BEG (Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH) hat sich die deutsche National Express Rail GmbH, eine Tochtergesellschaft des britischen Mobilitätsunternehmens National Express Group Plc, Birmingham, gegen den bisherigen Platzhirsch Deutsche Bahn Regio durchgesetzt. Und dies ausgerechnet in der Metropolregion Nürnberg, die für die Bahn durch die erste deutsche Eisenbahnstrecke zwischen Nürnberg und Fürth zugegeben eine gewisse bahnhistorische Bedeutung hat.

Die Briten versprechen für die S-Bahn der Metropolregion Nürnberg nicht nur den Ausbau des Streckennetzes auf 272 Kilometer. Neben der Zusage einer erheblichen Verbesserung der Dienstleistungsqualität mit einem verlässlichen, sicheren und qualitativ hochwertigen Service soll insbesondere auch der preisliche Abstand zum Angebot der DB Regio Franken erheblich günstiger und somit mit ausschlaggebend für den Zuschlag gewesen sein. Doch sich anstelle über die Entlastung des Steuerzahlers zu freuen, hat sich in Nürnberg eine seltsame Koalition zwischen regionalen Vertretern der Politik, der Gewerkschaft, die um Arbeitsplätze fürchtet, und eben der Deutschen Bahn herauskristallisiert. Bezweifelt wird unisono die Fähigkeit des privaten Eisenbahnunternehmens National Express, ein S-Bahn-Netz überhaupt betreiben zu können. Genau dies ist schon anmaßend. Vordergründig hat insbesondere Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly ebenfalls Sorgen um den Verlust von Arbeitsplätzen beim DB-Ausbesserungswerk in Nürnberg geäußert.

Management ist also bestens gewappnet. Ist die Bahn, die die Vergabe an die Briten anfechtet, ein schlechter Verlierer und ist ihr Vorgehen sogar ein gefährliches Eigentor? Ja! Immerhin sei die Deutsche Bahn daran erinnert, dass sie die Lizenz für das Durchfahren des Eurotunnels unter dem Ärmelkanal erhielt und im Vereinigten Königreich mit der Marke „Arriva“ tätig ist. Es kommt daher überhaupt nicht gut in Großbritannien an, wenn sich jetzt die Bahn in Nürnberg als Verlierer nicht gerade von der besten Seite zeigt. Und auch die Bahnbeurteilung beim Anfechten der Niederlage, das angeblich bessere Angebote der Briten müsse hinterfragt werden (von wem eigentlich, von der Bahn selbst?), ist mehr als dünn. Auch sollten Nürnberger Kommunalpolitiker und Gewerkschafter daran denken, dass gerade die jetzt so gepriesene Deutsche Bahn sich beim Betrieb der Berliner S-Bahn nicht gerade mit Ruhm bekleckert hat. Jahrelang „zeichnete“ sich der Betrieb der Berliner S-Bahn mit der Anhäufung von Pannen aus. Auch in Bayern hat die DB-Regio Oberbayern eine beispielhafte Panzerei hingelegt, wie der „Münchner Merkur“ schrieb. Dies nur zum Thema der vermeintlichen besseren Kompetenz. Auch die wirtschaftliche Stabilität der National Express Group kann sich sehen lassen. Die Gruppe erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäfts-

Management ist also bestens gewappnet. Ist die Bahn, die die Vergabe an die Briten anfechtet, ein schlechter Verlierer und ist ihr Vorgehen sogar ein gefährliches Eigentor? Ja! Immerhin sei die Deutsche Bahn daran erinnert, dass sie die Lizenz für das Durchfahren des Eurotunnels unter dem Ärmelkanal erhielt und im Vereinigten Königreich mit der Marke „Arriva“ tätig ist. Es kommt daher überhaupt nicht gut in Großbritannien an, wenn sich jetzt die Bahn in Nürnberg als Verlierer nicht gerade von der besten Seite zeigt. Und auch die Bahnbeurteilung beim Anfechten der Niederlage, das angeblich bessere Angebote der Briten müsse hinterfragt werden (von wem eigentlich, von der Bahn selbst?), ist mehr als dünn. Auch sollten Nürnberger Kommunalpolitiker und Gewerkschafter daran denken, dass gerade die jetzt so gepriesene Deutsche Bahn sich beim Betrieb der Berliner S-Bahn nicht gerade mit Ruhm bekleckert hat. Jahrelang „zeichnete“ sich der Betrieb der Berliner S-Bahn mit der Anhäufung von Pannen aus. Auch in Bayern hat die DB-Regio Oberbayern eine beispielhafte Panzerei hingelegt, wie der „Münchner Merkur“ schrieb. Dies nur zum Thema der vermeintlichen besseren Kompetenz. Auch die wirtschaftliche Stabilität der National Express Group kann sich sehen lassen. Die Gruppe erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäfts-



National Express Rail wird bei der Nürnberger S-Bahn modernste Züge des Typs RegioPanter einsetzen.

© Skoda Transportation

VORURTEILE

Doch die genannten Befürchtungen seien unbegründet, sagte National Rail-Geschäftsführer Tobias Richter in einem Fernsehinterview. Man sei ganz im Gegenteil um jeden qualifizierten Arbeitsplatz dankbar und selbstverständlich könnte auch das rollende Bahnmateriale künftig weiter in Nürnberg gewartet werden. Schließlich weisen die Briten darauf hin, dass sie als renommiertes Unternehmen seit 25 Jahren erfolgreich in mehreren Ländern – u.a. auch in den USA – tätig sind. Auch die Kompetenzen in Deutschland dürften unbestritten sein, war doch der Geschäftsführer der deutschen National Express Rail, Tobias Richter, 18 Jahre für den DB-Konzern tätig – davon acht Jahre für DB-Regio. Das Ma-

sen. Einen der größten Aufträge für Bahntechnik – bei dem Wertschöpfung aus der Metropolregion wesentlich vertreten ist – erhielt Siemens in Großbritannien mit einem Auftragswert von 1,8 Milliarden Euro für das Projekt „Thameslink“. Es handelt sich um ein futuristisches Verkehrssystem in der Region London. Die Briten hätten diesen Auftrag durchaus auch an Wettbewerber, die im Vereinigten Königreich produzieren, erteilen können. Dies wurde sogar in der britischen Öffentlichkeit gefordert. Trotzdem erhielt Siemens den Zuschlag. Dafür gab es gute Gründe. Man sollte daher auch in Nürnberg, bei aller Kritik von Oberbürgermeister Maly zur Berücksichtigung eines britischen Anbieters für den Betrieb der S-Bahn in der Region, über den Tellerrand sehen.

KEINE MARKT-ABSCHOTTUNGEN

Alles in allem besteht für hektische Aufregungen kein Grund. Etwas mehr Gelassenheit wäre wünschenswert. Wir können uns in Deutschland nicht immer abschotten. Dies wäre auch töricht, denn gerade Nürnberger Unternehmen der Bahntechnologie sind dringend auf Märkte außerhalb Deutschlands angewie-

S-BAHNEN ALS BEDEUTENDER WIRTSCHAFTSFAKTOR:

Wettbewerb durch Bahnreform

> Günter Spahn

Durch das 1996 in Kraft getretene Regionalisierungsgesetz als Teil der Bahnreform hat sich in Deutschland insbesondere im schienenengebundenen Nah- und Regionalverkehr eine völlig neue Struktur mit zahlreichen neuen Anbietern entwickelt. Hinzu kam in einigen Räumen die Wiederinbetriebnahme von stillgelegten Strecken. In den Zeiten der „Deutschen Bundesbahn“ (bis zur Bahnreform ein staatliches und beamtenrechtliches Unternehmen) wurde vor allem in ländlichen Räumen die Bedienung mit dem Schienenverkehr stark eingeschränkt. Auf der anderen Seite nahm insbesondere in den Ballungsräumen der Individualverkehr stark zu. Dies führte zu Verstopfungen des Straßennetzes – verbunden mit einem erheblichen Zeitverlust. Der Bedarf für leistungsstarke Systeme zur Bewältigung der Verkehrsströme war zumindest in den Verdichtungsräumen da.

Durch den Ausbau insbesondere der S-Bahn-Netze in den Zentren entstand daher eine bessere Alternative zum Individualverkehr. Waren S-Bahnen „früher“ nur in Berlin und Hamburg vorhanden, entwickelte sich ab den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts eine stürmische Entwicklung. Insbesondere in Frankfurt am Main, später im Umfeld der Olympiade 1972 in



Der Rhein-Ruhr-Express (RRX), eines der größten Regionalprojekte, soll ab 2018 die Ballungsräume Köln – Essen – Dortmund im 15-Minuten Takt schnell und bequem verbinden.

© RRX

München und schließlich in allen Metropolregionen entstanden leistungsfähige schienengebundene Regionalkonzepte für den Regionalverkehr. Heute gibt es keine deutsche Metropolregion ohne ein S-Bahn-Netz.

RÜCKGRAT REGIONALVERKEHR

Neben den Millionenstädten Berlin, Hamburg, München und Köln sind S-Bahnen das Rückgrat des regionalen Verkehrs in Bremen, Hannover, in den Regionen Rhein-Ruhr, Rhein-Sieg, Rhein-Main und Rhein-Neckar (Mannheim-Pfalz-Nordbaden und Südhessen), Stuttgart mit dem mittleren Neckarraum, Nürnberg sowie die mitteldeutschen Zentren Leipzig-Halle und Dres-

den. Gleichzeitig entwickelte sich der schienengebundene Regionalverkehr zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor und Beschäftigungsfaktor. Allein die S-Bahn Berlin GmbH, zu 100% zur Deutschen Bahn gehörend, befördert jährlich ca. 400 Millionen Fahrgäste. Beschäftigt werden 3000 Mitarbeiter(innen). Die Berliner S-Bahn erwirtschaftet einen Umsatz von ca. 638 Millionen Euro pro Jahr (Stand 2014). Hinzu kommen die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), die im Gegensatz zur S-Bahn dem Land Berlin gehört und mit über 10.000 Beschäftigten einen Umsatz von 700 Millionen Euro erwirtschaftet. Die BVG betreibt das moderne U-Bahn-Netz der Hauptstadt sowie Straßenbahn- und Buslinien. Der Betrieb der S-Bahnen befindet sich in Deutschland noch weitgehend in der Hand des Konzerns Deutsche Bahn mit dem Geschäftsfeld Deutsche

Bahn Regio. Lediglich bei der S-Bahn Bremen, Region Weser-Ems, ist die NordWestBahn, eine Tochter der privaten Transdev GmbH, bis Mitte März 2015 Veolia Verkehr GmbH, Betreiber. Transdev GmbH gehört wiederum zur französischen Transdev Gruppe (früherer Name Veolia Transdev), die weltweit einen Umsatz von 8 Milliarden Euro erzielt. In NRW ist dann noch im S-Bahn-Bereich Rhein-Ruhr bzw. Rhein-Sieg die Abellio Rail NRW GmbH (Essen) im Rahmen eines Konsortiums Mitbetreiber. Abellio gehört zur Nederlandse Spoorwegen, die staatliche Eisenbahn der Niederlande. Nun ist es den Briten – siehe Beitrag oben – gelungen, den Zuschlag für die S-Bahn Nürnberg zu bekommen. Bereits im April 2013 konnte sich die deutsche Tochtergesellschaft National Express Holding

GmbH bei der Ausschreibung zweier bedeutender Regionalstrecken durchsetzen. Die Linien RE 7 (Krefeld-Wuppertal-Hamm-Rheine) und RB 48 (Remagen-Bonn-Köln-Solingen-Wuppertal) umfassen rund 5.100.000 Zugkilometer pro Jahr und sollen ab 13. Dezember 2015 von National Express bedient werden.

RRX AN BRITEN?

Ob die Dämme der DB Region freilich insgesamt brechen, ist nicht unbedingt anzunehmen. Immer noch hat im regionalen Bahnverkehr einschließlich des Betriebes der S-Bahnen die DB Regio einen Marktanteil von ca. 70%. Aber es dürfte im Wettbewerb um die Vergabe regionaler Strecken und S-Bahn-Netze künftig spannend werden. Wenn der Wettbewerb das Serviceangebot und Leistungsfähigkeit im Interesse der Kunden beflügelt bzw. verbessert, ist schon viel erreicht. Eines der größten deutschen Regionalprojekte ist der Betrieb des künftigen „Rhein-Ruhr-Express“ (RRX). In der einwohnerstärksten deutschen Großregion sollen modernste Zuggarnituren des Herstellers Siemens ab 2018 die Zentren des Rheinlandes und des Ruhrgebietes (Köln, Düsseldorf, Essen, Dortmund) verbinden und somit eines der attraktivsten Regionalkonzepte Deutschlands Wirklichkeit werden. Zu den Bewerbern für alle Lose gehört dem Vernehmen nach auch die National Express Holding GmbH.

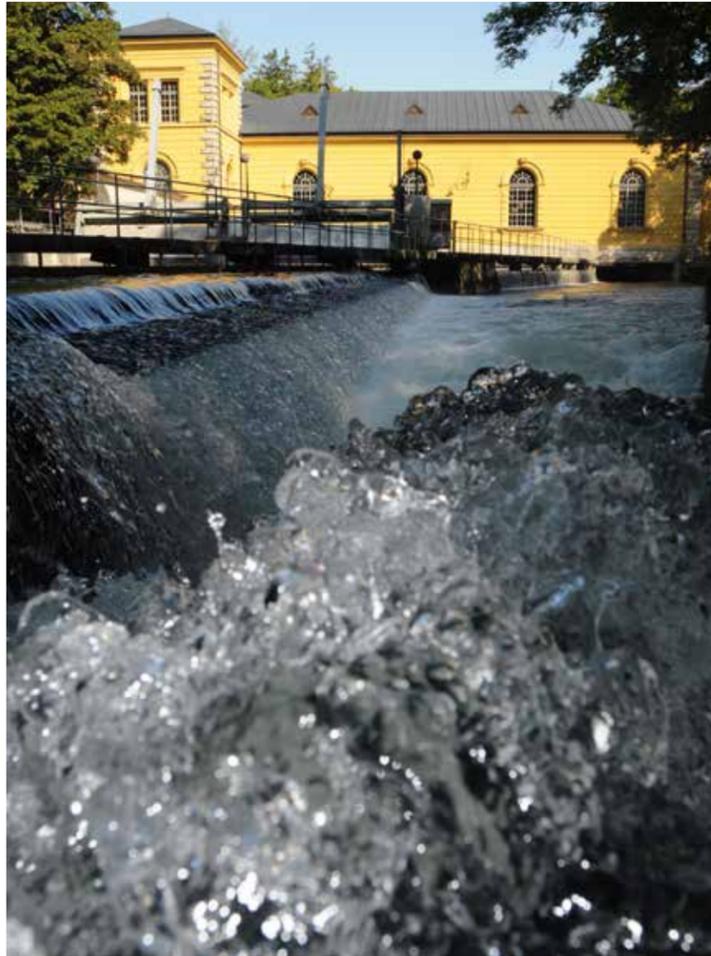
DAS WICHTIGSTE LEBENSMITTEL BRAUCHT MEHR SCHUTZ:

Wasser ist die wichtigste Ressource

> Günter Spahn

Bereits Thales von Milet – einer der sieben Weisen der griechischen Antike – hat es erkannt: „Das Prinzip aller Dinge ist das Wasser, denn Wasser ist alles und ins Wasser kehrt alles zurück.“ Ohne Wasser kann der Mensch nicht leben – deshalb muss mit der weltweit knappen Ressource verantwortungsbewusst umgegangen werden. Um bei der Kostbarkeit Wasser stets eine einwandfreie hygienische Qualität zu gewährleisten, sind daher höchste Anforderungen an die Planung, den Bau und Betrieb von Trinkwassergewinnungs- und Trinkwasserversorgungsanlagen notwendig. Doch auch in Deutschland ist die sichere Wasserversorgung kein Selbstläufer.

Zwar ist Wasser für uns so selbstverständlich wie die Luft zum Atmen – denn es steht ja zumindest in Deutschland zu jeder Tages- und Nachtzeit in ausreichender Menge und hoher Qualität zur Verfügung. Dies ist ein Verdienst der Struktur der deutschen Wasserwirtschaft, die in erster Linie durch kommunale Unternehmen und Zweckverbände die Versorgung mit Trinkwasser gewährleistet. Doch mit Herausforderungen etwa durch steigende Nitratwerte wird die Wasserwirtschaft konfrontiert. Der Grundwasserschutz hat daher oberste Priorität der Trinkwasserversorgung. Dies war auch die Kernbotschaft einer Pressever-



Das historische Hochablass-Wasserkraftwerk in Augsburg wurde zum Wasserkraftwerk umgebaut.

© Stadtwerke Augsburg

anstaltung am Rande der Fachtagung Wasser des Verbandes der Bayerischen Energie- und Wasserwirt-

schaft (VBEW) im März 2015 in Augsburg (siehe unten).

Die Dimension ist gewaltig. Allein in

Bayern beträgt derzeit die jährliche Wasserabgabe an Letztverbraucher – private Haushalte und Wirtschaft – 725,1 Millionen Kubikmeter, im gesamten Bundesgebiet sind es 4.449 Millionen Kubikmeter (die Ziffern beinhalten nicht die Wasserfassung von Unternehmen mit eigenen Tiefbrunnen, wie z.B. durch einige Brauereien). Weshalb die deutschen Wasserversorger mit Nachdruck bessere politische Rahmenbedingungen für den Grundwasserschutz einfordern, ergibt sich durch die Struktur der Gewinnung des Trinkwassers.

HOHER ANTEIL GRUNDWASSER

Mit einem Anteil von 60,8% ist beispielsweise Grundwasser die überwiegend genutzte Ressource für die Wassergewinnung der öffentlichen Wasserversorgung in Deutschland. An zweiter Stelle folgt mit 30,9% Oberflächenwasser (Flüsse und Seen) einschließlich angereichertem und uferfiltriertem Grundwasser. So versorgt der Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung u.a. die Stadt Stuttgart mit Trinkwasser. Schließlich trägt Quellwasser als frei zugängliches Grundwasser mit einem Anteil von 8,3% zur Bedarfsdeckung bei.

Um den hohen Standard in der Qualität der Wasserversorgung zu sichern, sind erhebliche Investitionen in Netze (Wasserleitungen für Transport und

Weiterleitung) und Infrastruktur (Wassergewinnung, Aufbereitung, Speicherung, Wasserwerke, Zähler, Messgeräte u.v.m.) erforderlich. Diese dienen in erster Linie der Erhaltung, Modernisierung und dem weiteren Ausbau der Versorgungsanlagen. In den vergangenen 25 Jahren flossen in den Investitionsbereich der Wasserversorger ca. 60 Milliarden Euro. Zuletzt betrug der Investitionsaufwand durchschnittlich 2,2 Milliarden Euro pro Jahr.

Der Investitionsbedarf dürfte in den nächsten Jahren noch erheblich zunehmen, weil zahlreiche Anlagen der Infrastruktur zwischen 1960 und 1980 aufgebaut wurden; die Einrichtungen müssen daher optimiert werden – der aufgetretene Renovierungs- und Modernisierungsstau stellt die Wasserversorger vor erhebliche finanzielle Herausforderungen. Die Branche der Wasserwirtschaft fordert daher nicht nur bessere politische Rahmenbedingungen für Investitionen, sondern auch angemessene Wasserentgelte.

Das Bewusstsein für ein qualitativ hervorragendes Trinkwasser kann nicht oft genug in der Öffentlichkeit geschärft werden. Eine sichere und zuverlässige Wasserversorgung sowie die Abwasserentsorgung sind daher ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge für die Menschen. Dem Ordnungsrahmen, insbesondere für eine ortsnahe und bürgerfreundliche Unternehmensstruktur, muss daher angesichts neuer Herausforderungen erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

VBEW-FACHTAGUNG WASSER IN AUGSBURG:

Vorgaben müssen verbessert werden

Auf der diesjährigen Fachtagung des Bayerischen Verbandes der Energie- und Wasserwirtschaft in Augsburg beklagte die bayerische Wasserwirtschaft, dass nur 5% der Landesflächen im Freistaat Bayern als Wasserschutzgebiete ausgewiesen seien, während es im Bundesdurchschnitt immerhin rund 13% sind. Der zu geringe Anteil der bayerischen Wasserschutzgebiete ist insofern für die Wasserversorgungsunternehmen im Freistaat problematisch, weil das gesamte Trinkwasser in Bayern weitgehend aus Grundwasser gewonnen wird und somit die Versorger der Wasserwirtschaft mit steigenden Nitratwerten in bestimmten Regionen Bayerns konfrontiert werden. Es sei daher, so Markus Rauh, Vorstandsmitglied des VBEW (Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft), eine „zügige Verbesserung des vorsorgenden Grundwasserschutzes für die betroffenen Regionen“ erforderlich. Hier sei, so Rauh weiter, der Gesetzgeber gefragt, mit der Düngeverordnung geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen.

Zwar seien die Kooperationen zwischen den Wasserversorgern und der Landwirtschaft seit mehr als zwanzig Jahren auf freiwilliger Basis durchaus sinnvoll, doch es zeige sich, dass diese Vereinbarungen für die

Zukunft nicht mehr ausreichen, um die hohe Qualität des Trinkwassers zu stabilen Preisen in Bayern zu gewährleisten, erläuterte Rauh. Bereits jetzt müssen die Wasserversorger mit enormen Aufwendungen – Beispiele sind etwa Bohrungen in tiefergelegene Grundwasserleiter – kämpfen, um die Trinkwasserqualität zu sichern. „Warum obliegt es eigentlich den Wasserversorgern, sich mit der Planung von kostenintensiven Aufbereitungsmaßnahmen zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung zu befassen, während die gesetzlichen Vorgaben zum vorsorgenden Grundwasserschutz nicht genug greifen?“, fragte Rauh.

Einen interessanten Weg beschritten die Stadtwerke Augsburg, obwohl dort aus Sicht des Grundwasserschutzes schwierige Ausgangspositionen vorhanden sind. Nitrat und Pflanzenschutzmittel hatten es leicht. Mithilfe eines umfangreichen Programms, sei es gelungen, die Trinkwasserqualität in Augsburg erheblich zu verbessern. Das Augsburger Trinkwasser gilt inzwischen qualitativ als eines der besten in Europa. Die Augsburger haben nicht nur auf einen engen Dialog mit der Landwirtschaft gesetzt. „Durch den Aufkauf von land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen konnten wir trotz der in Augsburg ungünstigen hydrogeologischen Gegebenheiten innerhalb von wenigen Jahren deutliche Erfolge für die Grund-

wasserqualität erzielen“, erklärte Dr. Otillinger, Betriebsdirektor der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH. Eine große Herausforderung für die Wasserwirtschaft kann auch das sogenannte Fracking (Gewinnung von Öl und Gas) durch das Aufbrechen



Die Wasserwirtschaft setzt auf die bewährte Kooperation mit der Landwirtschaft – dennoch muss der Gesetzgeber mit der Düngeverordnung Rahmenbedingungen für alle Beteiligten im Interesse des Trinkwassers schaffen.

© BBV

der Gesteinsmassen in tiefen Lagen durch chemischen Wasserdruck darstellen. Es bestehen nicht nur in der Wasserwirtschaft Befürchtungen, dass Chemikalien beim Fracking-Verfahren das Grundwasser vergiften könnten. Dr. Michaela Schmitz, Bevollmächtigte Wasserwirtschaft beim BDEW (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft), forderte daher auf der Augsburger Fach-

tagung Wasser eine klare Positionierung zum Gesetzespaket Fracking der Bundesregierung. Eine unkonventionelle Förderung wie Fracking darf es nur geben, wenn es zu keiner Verletzung der Umwelt- und Sicherheitsstandards kommt. Insbesondere

müsse eine Gefährdung der Ressource Trinkwasser als wichtigstes Lebensmittel ausgeschlossen werden. Allerdings dürfte die Diskussion zumindest in Bayern eher theoretisch sein, weil die Zielgebiete für das Fracking-Verfahren beim Gas in Deutschland vor allem in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen liegen. Hingegen verweisen Kritiker wie der Vorsitzende der Landtags-Grünen

im Bayerischen Landtag, Ludwig Hartmann, darauf, dass auch in Bayern zumindest Erkundungslizenzen für Gebiete in der Oberpfalz und in Oberfranken und in Oberbayern beim Starnberger See erteilt worden seien. Die Wasserwirtschaft in Bay-

ern ist jedenfalls besorgt. Ob Düngeverordnung, Oberflächengewässerverordnung, Nitratprobleme oder möglicherweise künftige Belastungen durch Fracking: Oberstes Prinzip für die Unternehmen der bayerischen Wasserversorgung ist die jederzeit gesicherte wirtschaftliche, zukunftsorientierte, nachhaltige und verbraucherfreundliche Trinkwasserversorgung.

GUTE CHANCEN FÜR DIE AUFNAHME ZUM UNESCO-WELTERBE:

Augsburgs historische Wasserwirtschaft

> Günter Spahn

Noch können in Augsburg die Sektorkerke nicht knallen, aber dem großen Ziel, Mitglied im erlauchten Kreis UNESCO-Welterbe zu werden, ist die inzwischen 2030-jährige Stadt näher gerückt. Je nach Betrachtungsweise beanspruchen Augsburg und Trier das Prädikat Deutschlands älteste Stadt zu sein, wobei aber vieles dafür spricht, dass dies tatsächlich Augsburg ist, denn die Römer kamen ja schließlich vom Süden.

Mit dem Thema „Wasserbau und Wasserkraft, Trinkwasser und Brunnenkunst“, wurde die Stadt nach einem strengen Fachgutachten der Bundeskulturministerkonferenz nunmehr in die deutsche Vorschlagsliste für das UNESCO-Welterbe aufgenommen.

POSITIVE VORENTSCHEIDUNG

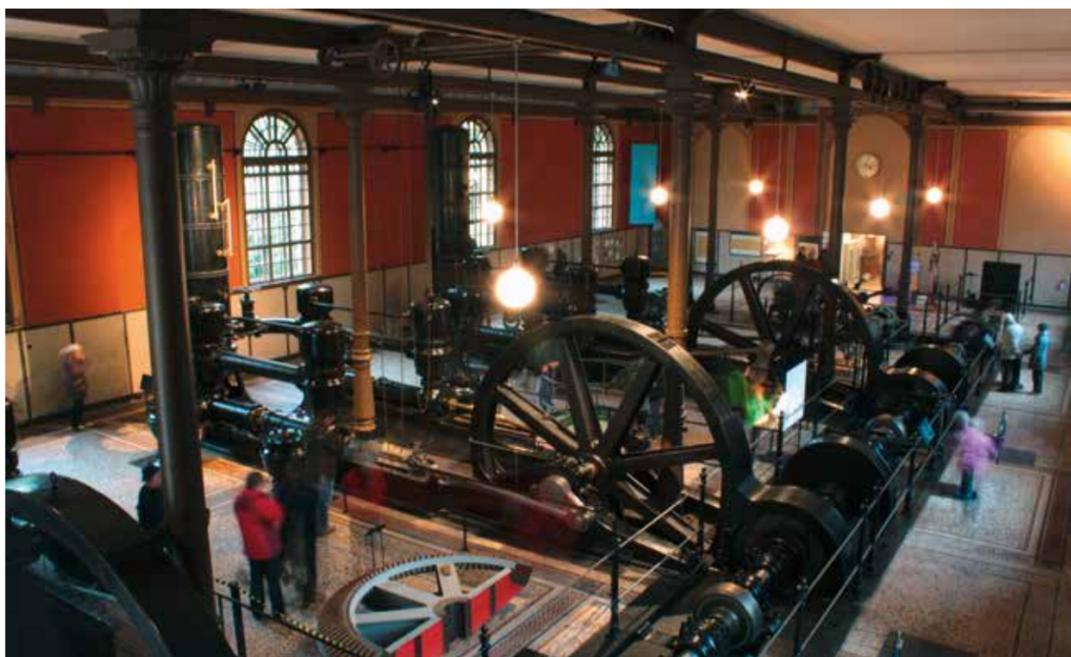
Noch handelt es sich um eine Vorentscheidung. Aber immerhin ist Deutschland aussichtsreich vertreten und hat Augsburgs Bewerbung zu den drei aussichtsreichsten Vorschlägen genommen. Mehr noch: Inzwischen hat der Fachbeirat der Kultusministerkonferenz explizit empfohlen, das Gesamtensemble rund um das Thema Wasser in Augsburg mit seiner historischen Bedeutung auf die deutsche Bewerberliste zu setzen.

Das Thema der Augsburger Bewerbung sei „grundsätzlich für die menschliche Entwicklung von ganz herausragender Bedeutung“ heißt

es im Empfehlungsgutachten und an anderer Stelle hat der Fachbeirat ausdrücklich sogar darauf hingewiesen, dass die Bundesrepublik Deutschland mit der Nominierung Augsburgs einen „herausragenden Beitrag in der immer noch unterrepräsentierten Kategorie des technisch-industriellen Erbes“ leisten würde. In Augsburg selbst spielte Wasser – beginnend in der Zeit der Römer – bis zum heutigen Tag immer eine überproportional herausragende Rolle. Tatsächlich versorgten bereits die Römer das am Zusammenfluss von Lech und Wertach von ihnen gegründete Augsburg durch eine offene Wasserleitung.

Insgesamt hat Augsburg 28 Objekte in seine Bewerbung genommen. Dazu gehören auch Trinkwasserkanäle aus dem Mittelalter. Mit Wasser ist die technologische Hochblüte, die bereits 1416 in Augsburg mit dem Bau des ersten Wasserturms begann und bis Anfang des 17. Jahrhunderts eine Fülle herausragender technischer und künstlerischer Zeugnisse hervorbrachte, verbunden: Pumpwerke, weitere Kanäle und kunstvolle Brunnen. Das ganze Kanalsystem hat ab 1836 ganz wesentlich die frühe Industriekultur in Augsburg mitgeprägt. Mit dem 1876 erfolgten Bau des schlossartigen Wasserwerks und Hochablasses, das 1879 in Betrieb genommen wurde, konnte Wasser industriell als Kraftgeber und Antrieb für Pumpwerke des Trinkwassersystems eingesetzt werden.

Die Augsburger Wasserwirtschaft dokumentiert die Schaffenskraft und die technologische Entwicklung vieler Generationen. Die zahlreichen bedeutenden Architektur- und Technikdenkmäler sowie die Kanallandschaft der Stadt – noch heute vorhanden – belegen die Entwicklung



Ein Technikdenkmal von Rang ist das historische Wasserwerk am Hochablass. Im Bild die Pumpen aus Eisen – eine damalige Entwicklung der Maschinenfabrik Augsburg (heute MAN).

© Regio Augsburg Tourismus

Augsburgs vom spätmittelalterlichen Kunstzentrum zur frühen Industriemetropole. So hat die traditionsreiche und über 250-jährige MAN ganz wesentlich von Augsburg aus ein gutes Stück deutsche Industriegeschichte geprägt.

HERAUSRAGENDE BEISPIELE

Für den hohen künstlerischen Rang stehen etwa der 1518 entstandene Neptunbrunnen am Jakobsplatz sowie der Augustusbrunnen am Rathausplatz aus dem Jahre 1589. Herausragend sind auch die prächtigen Brunnen am Moritzplatz (Merkur-

brunnen aus dem Jahr 1596) sowie der im gleichen Jahr entstandene Herkulesbrunnen in der Augsburger Maximilianstraße. Alle vier Brunnen sind „erlebbare“ und touristische Anziehungspunkte. Weitere Fixpunkte der Wasserlandschaft in Augsburg sind der 1898 entstandene Lechkanal sowie die Stadtbäche im Zentrum der Stadt.

Einen hohen Stellenwert haben die zahlreichen Wassertürme der Stadt. 1609 baute Elias Holl den „Unteren St.-Jakobs-Wasserturm“ – ein heute im Bestzustand erhaltenes saniertes Renaissancebauwerk. Neben dem bereits erwähnten Wasserwerk am Hochablass (allein schon nach seiner Sanierung ein Bau- und Technikdenkmal der Industriekultur von Rang mit

original erhaltenen geschmiedeten Druckwindkessel und Originalmaschinen) ist auch das 1902 entstandene Wasserwerk Wolfzahnau mit seinem betriebsfähigen Schwungradgenerator inkl. der dazugehörigen Turbine aus dem Jahre 1913 und der ebenfalls funktionstüchtigen Francis-Zwillingsturbine von 1910 ein historischer Anziehungspunkt der technischen Entwicklungsgeschichte von Rang. Und – das Wasserwerk erzeugt bis heute Strom!

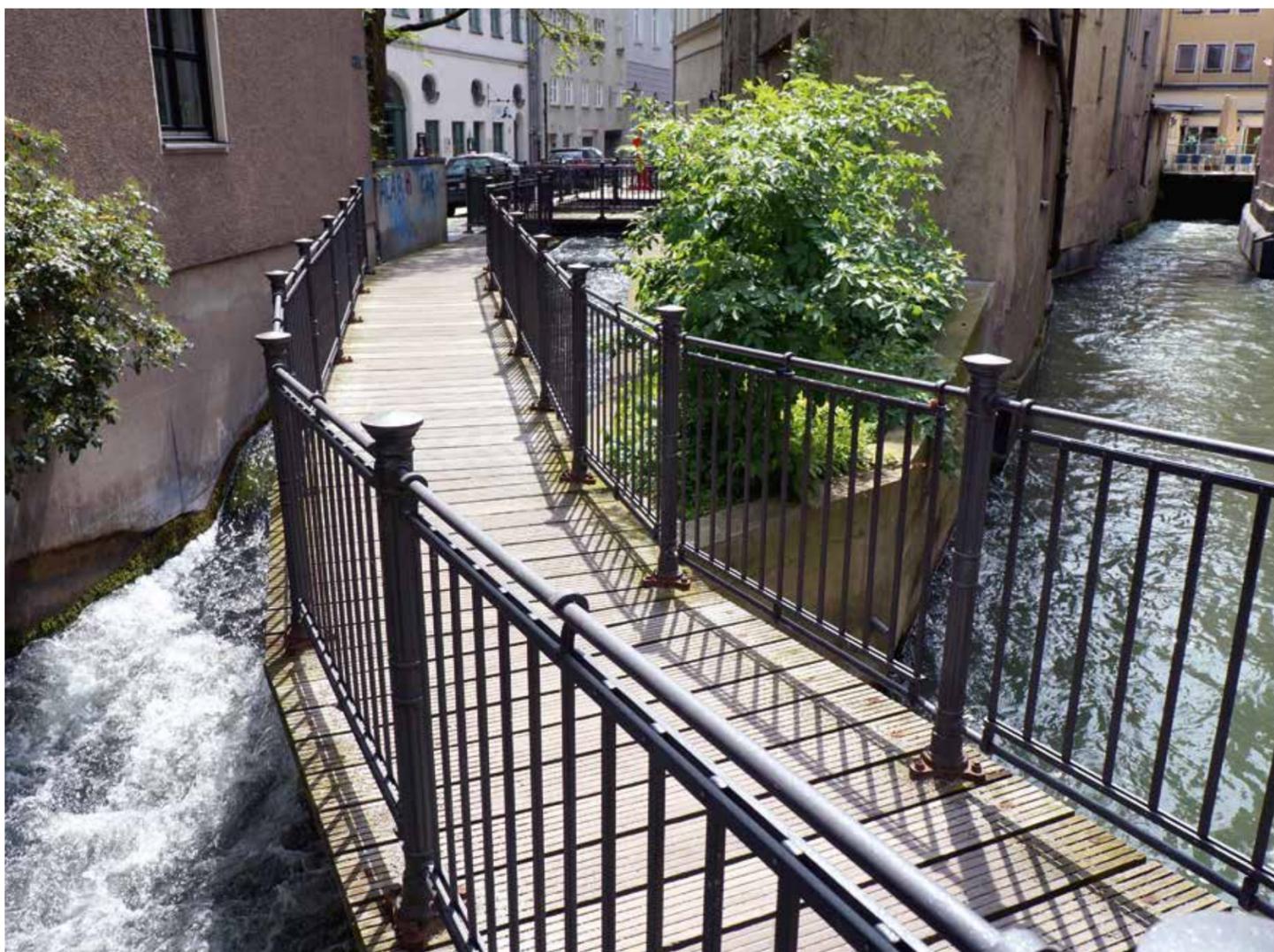
Es würde jedenfalls den Rahmen dieses Beitrages sprengen, wollte man all die zahlreichen Einrichtungen der Augsburger Wasserkultur und deren Entwicklung – wegweisend für die Entwicklung der Wasserwirtschaft – hier aufzählen.

STIMMIGES UMFELD

Eine Aufnahme des Augsburger Themas Wasserbau und Wasserkraft, Trinkwasser und Brunnenkunst in die Liste des UNESCO-Welterbes wäre aber auch vom gesamten Umfeld der Stadt Augsburg stimmig. Von hier aus nahmen zahlreiche Entwicklungen für die Menschheit ihren Lauf. Augsburg hat mit der „Fuggerei“ die älteste bestehende Sozialsiedlung der Welt; mit der Stadt sind die großen Namen (nur stellvertretend) der Fugger und Welser verbunden.

Aber auch heute – um einen Bogen zu schlagen – besteht eine hohe Affinität (über das Trinkwasser hinaus) der Stadt Augsburg zum Thema Wasser im globalen Maßstab. Riesige Motoren der MAN, made in Augsburg, treiben auf den Meeren Kreuzfahrt- und Containerschiffe an. Zuhause in Augsburg fühlen sich die Stadtwerke Augsburg in besondere Weise zur Pflege des wichtigsten Nahrungsmittels Trinkwasser verbunden. Augsburgs Wasser gehört zu den besten Europas.

Heute versorgen die Stadtwerke Augsburg als innovatives Dienstleistungsunternehmen mit modernen Anlagen 310.000 Menschen mit Trinkwasser. Die Trinkwasserversorgung ist keine museale Angelegenheit. Ein Beispiel dafür ist der moderne Hochbehälter Steppach, Augsburgs größter Trinkwasserspeicher mit einem Fassungsvermögen von rund 25 Millionen Liter reinem Trinkwasser.



Mit dem insgesamt 135 Kilometer langen innerstädtischen Kanalsystem erhielt das frühe Augsburger Handwerk die Antriebskraft. Im Bild einer der zahlreichen Kanäle am Brechthaus im Lechviertel.

© Regio Augsburg Tourismus

TESTANLAGE DES DEUTSCHEN FORSCHUNGSZENTRUMS FÜR KÜNSTLICHE INTELLIGENZ:

WO ROBOTER SCHWIMMEN LERNEN

> Anne-Katrin Wehrmann

Sie sollen an Orten zum Einsatz kommen, die für Menschen unerreichbar sind: intelligente Robotersysteme, die tief unter der Meeresoberfläche auch bei schlechter Sicht und hohem Außendruck zuverlässig ihre Arbeit verrichten. Für die ersten Praxisübungen der Hightech-Geräte finden Wissenschaftler und Unternehmen in Bremen optimale Bedingungen vor. Das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) betreibt hier eine Testanlage, die in Europa ihresgleichen sucht.

Ein wenig sieht es aus wie ein kleiner, sehr filigraner Torpedo, was da gerade leise surrend durch das Wasserbecken taucht. Doch das leuchtend gelbe Unterwasserfahrzeug mit dem Namen „Leng“ ist in friedlicher Mission unterwegs: Es soll den Nachweis erbringen, dass Robotersysteme in Zukunft auf dem Jupitermond „Europa“ unter dessen kilometerdicker Eisdecke autonom nach Leben suchen können. Bis sich die Pläne in die Wirklichkeit umsetzen lassen, wird zwar noch viel Zeit vergehen. Aktuell absolviert „Leng“ seine ersten Praxistests auf der Erde, aber zur Zufriedenheit von DFKI-Mitarbeiter Marc Hildebrandt und seinen Kollegen. Abtauchen, vorwärts bewegen, die Richtung wechseln und wieder auftauchen – der Tauchroboter macht exakt, was er machen soll. „Nach den bisherigen Versuchen sind wir optimistisch, dass eine solche Mission tatsächlich funktionieren könnte“, meint Hildebrandt.

Meter langes, 19 Meter breites und 8 Meter tiefes Salzwasserbecken inklusive 3D-Landschaft und verschiedenen Modellbauten ist. Ergänzt wird es durch zwei kleinere Wasserbass-

in Brasilien eine Anlage, die noch größer sei.

Ob bei der Inspektion von Schiffen und Pipelines, bei der Reparatur und Wartung von Offshore-Anlagen wie

es kann nur eine Annäherung an den Idealzustand geben. Die fehlenden Prozentpunkte müssen wir durch passende Algorithmen abfangen.“ In der Testanlage könne man die Erfah-

rite Explorationshalle in mehreren Tests „hervorragend bewährt“, sagt der DFKI-Standortleiter. „Wir sind sehr glücklich, die Anlage zu haben.“ Das dürfte auch für die externen Nut-



In Europa einzigartig: Die Testanlage für Unterwassersysteme des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz (DFKI) in Bremen. Kernstück ist das 3,4 Millionen Liter umfassende Salzwasserbecken.

© DFKI GmbH

MOSAIKSTEIN DER FORSCHUNG

Als wichtiger Mosaikstein bei der Entwicklung und Erprobung von neuen Unterwassersystemen wie „Leng“ steht den Forschern die Maritime Explorationshalle des DFKI Robotics Innovation Center (RIC) zur Verfügung, deren Kernstück ein 23

ins, eine virtuelle 3D-Testumgebung und eine Druckkammer, die Drücke von bis zu 600 bar – was einer Wassertiefe von 6.000 Metern entspricht – erzeugen kann. „Wir haben uns hier eine perfekte Laboreinrichtung geschaffen, die in Europa einzigartig ist“, schwärmt Professor Frank Kirchner, Standortleiter des DFKI Bremen sowie Leiter des RIC. Weltweit betreibt lediglich ein Ölkonzern

Windparks oder Ölplattformen, bei der Erkundung unbekannter Gewässer oder beim Erschließen von Bodenschätzen und Energiereserven aus der Tiefsee: Es gibt viele Anwendungsgebiete, in denen intelligente Systeme wie autonome Unterwasserfahrzeuge, robotische Greifhände und magnetische Kletterroboter benötigt werden. „Bei so komplexen Technologien reicht es nicht aus, ihr Verhalten am Computer zu simulieren“, erläutert Kirchner. „Das muss getestet werden.“ Im Meer sei das schwierig, weil Probeläufe dort enorm viel Zeit und Geld beanspruchen würden. „Unsere Umgebung hier ist ein hervorragendes Mittel, um die Leistung von kompletten Systemen unter kontrollierten Bedingungen zu evaluieren, und das von der Witterung unabhängig und vor allem auch realitätsnah.“

ANDERS ALS EINE KAFFEEMASCHINE

Zu den entscheidenden Fragen, die die Wissenschaftler zu beantworten haben, gehören neben der Mobilität und der Navigationsfähigkeit der Roboter auch ihre Energieversorgung und die Datenübertragung. „Wir müssen klären, ob die Dinge langfristig in der Praxis so funktionieren, wie wir uns das in der Theorie vorstellen“, sagt Kirchner. Autonome Systeme seien immer mit Unsicherheiten verbunden: „Die funktionieren nicht wie eine Kaffeemaschine, die zu 100% Kaffee liefert, sondern

wertungswerte sammeln, die benötigt würden, um die tatsächliche Einsatztauglichkeit nachzuweisen. Aktuell arbeiten die Forscher des DFKI unter anderem an einem System für einen brasilianischen Auftraggeber, das eigenständig die Strukturen einer Öl- und Gasplattform inspizieren und zu diesem Zweck dauerhaft im Meer installiert werden soll. Dort wird das Unterwasserfahrzeug eine eigene Infrastruktur in Form einer Docking-Station erhalten: In sie soll es wie in eine Garage einfahren können, um sich dort mit Energie zu versorgen, die gesammelten Daten zu übermitteln und neue Aufträge zu empfangen. Ein erster Prototyp steht kurz vor seiner Fertigstellung. In Planung ist darüber hinaus eine vergleichbare Anwendung in der Offshore-Windindustrie. „Bisher ging es in erster Linie um die Frage, wie Meereswindparks gebaut werden“, meint Kirchner. „Jetzt, wo sie langsam in Betrieb gehen, zeichnet sich ein Bedarf an Technologien ab, die dauerhaft die Leistungsfähigkeit der Anlagen erhalten.“ Hier könne die Robotik massiv zur Kostensenkung beitragen, da sie in Zukunft beispielsweise an Fundamenten effiziente und witterungsunabhängige Wartungs- und Reparaturarbeiten ermöglichen. Zum Optimieren ihrer Fähigkeiten werden die Unterwasserfahrzeuge künftig regelmäßig ihre Runden im Tauchbecken drehen, wo sie am Modell eines Windpark-Fundaments, einer Pipeline oder an einem Fischnetz üben können. Seit ihrer offiziellen Eröffnung vor knapp einem Jahr habe sich die Ma-

zer gelten, die in dem Becken ihre eigenen Versuche umsetzen dürfen. Verschiedene Meeresforschungsinstitute, wissenschaftliche Einrichtungen und Unternehmen hätten bereits ihr Interesse bekundet, so Kirchner. Einige von ihnen waren in den vergangenen Monaten schon da und haben sich bei ersten Testläufen ein Bild von der Halle gemacht. Zu den Kunden, die die Anlage künftig regelmäßig nutzen möchten, gehört auch das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI) aus Bremerhaven. Ingenieur Johannes Lemburg war kürzlich zum ersten Mal mit einigen seiner Kollegen dort, um die Bewegungseigenschaften, den Trimm und die Dichtigkeit des neuen Tiefsee-Roboters „Tramper“ zu überprüfen.



Das von den DFKI-Forschern gesteuerte Unterwasserfahrzeug im Salzwasserbecken macht Filmaufnahmen, die live in das Virtual Reality Labor – eine 3D-Testumgebung – übertragen werden.

© DFKI GmbH

Verlag:

Zielgruppen-Medien Verlag
Günter und Christian SpahnPostfach 11 42; 85421 Erding b. München
Tel. 08122/48632, Fax 08122/95 70 77
E-Mail: info@zielgruppen-medien.de

Herausgeber & Chefredakteur:

Günter Spahn
guenter.spahn@zielgruppen-medien.de

Koordination & Layout:

Christian Spahn
christian.spahn@zielgruppen-medien.de

Technische Herstellung/Druck:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH (WVD)
Kurfürstenstraße 4, 64546 Mörfelden-Walldorf

Copyright:

Alle Seiten dieses Specials sind Eigentum des Zielgruppen-Medien Verlags und daher urheberrechtlich geschützt.

WOHIN DRIFTET DEUTSCHLANDS WICHTIGSTER PARTNER?

Frankreich trotz vielen Kritikern

> Günter Spahn

In einigen deutschen Medien wurde und wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft angezweifelt. Die Verschuldung und das jährliche Staatsdefizit könnten, so einige Veröffentlichungen, für die EU gefährlich werden. Gelegentlich wurde so getan, als ob Frankreich „griechische Symptome“ habe. Vor dem Hintergrund der jüngsten Departements-Wahlen (vergleichbar mit deutschen Kreistagswahlen) sowie der von der EU-Kommission bis 2017 verlängerten Frist für Frankreich, sein Haushaltsdefizit unter 3% vom Bruttoinlandsprodukt zu fahren, wird in Deutschland die Position des wichtigsten Partners und Nachbarlandes kritisch beobachtet.

Doch einige Veröffentlichungen spiegeln nicht die wahren Stärken Frankreichs wider. Zu was das Land fähig ist, hat sich in diesen Wochen – nur ein Beispiel – bei der Flugzeugtragödie der Germanwings-Maschine in den französischen Alpen gezeigt. Innerhalb kürzester Zeit wurden Hubschrauber, 800 Spezialisten, Sondereinsatzkräfte, Retter, Forensiker, technische Analysten der französischen BEA (Amt für Fluguntersuchungen) sowie die erstaunlich effizient und schnell arbeitende Generalstaatsanwaltschaft Marseille mobilisiert. Dies alles in einem äußerst schwierigen Gelände im unwegsamen Gebirge. Während in Deutschland selbsternannte Fachleute zu allen möglichen technischen „Schuldfragen“ Stellung bezogen, haben die Franzosen erfolgreich gearbeitet und ermittelt.

Auch die französischen Departements-Wahlen wurden hierzulande völlig überbewertet. Als ob die Franzosen durch ihre geringe Wahlbeteiligung das fehlende Vertrauen insgesamt zum Ausdruck gebracht hätten. Doch Departements-Wahlen zeichnen allenfalls eine temporäre Stimmungslage auf. In den 101 Departements werden Fragen des Gesundheits- und Sozialbereiches sowie Zuständigkeiten der ländlichen Infrastruktur geregelt. Wichtiger sind in Frankreich die Regionalwahlen in den 27 Regionen – vergleichbar etwa mit unseren Bundesländern –, die im Dezember 2015 stattfinden. Die nächsten für Frankreich entscheidenden Urnengänge sind 2017 die Bestimmung der neuen Nationalversammlung (Parlament) sowie die Wahl des Staatspräsidenten, der in Frankreich eine enorme Machtfülle besitzt und als „Chef der Executive“ die Richtlinien der Politik bestimmt und die Kabinettsitzungen leitet.

DEUTSCHLAND UND FRANKREICH

Laut dem Statistischen Bundesamt sind Deutschland und Frankreich füreinander weiterhin die wichtigsten Wirtschaftspartner. 2014 belief sich der Handel zwischen den beiden Ländern auf insgesamt 169,6 Milliarden Euro – dies ist eine Steigerung um 3,2% gegenüber dem Jahr 2013. Deutschland erhöhte 2014 seine Exporte nach Frankreich um 2,1% auf 102 Milliarden Euro. Aus Frankreich



Dassault, neben dem Bereich Business-Jets auch Hersteller des Kampffjets Mirage und der nuklearfähigen Rafale, demonstrierte am 17.12.2014 in Bordeaux beim Rollout die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfreude der französischen Industrie mit dem neuen dreistrahligem Business-Langstreckenjet Dassault Falcon 8X. Die Franzosen wollen mit dem Flugzeug ihre Weltmarktführerschaft bei Business-Jets ausbauen. Die Maschine, die ihren Erstflug am 6.2.2015 erfolgreich absolvierte, ist für eine Nonstop-Entfernung über 11.945 km bei Mach 0,8 ausgelegt.

© Dassault

wurden Importe im Wert von 67,6 Milliarden Euro – eine Steigerung von 5,5% gegenüber 2013 – vorgenommen. Frankreich war auch 2014 die fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt (nach USA, China, Japan und Deutschland). Im produktiven Bereich sind Deutschland und Frankreich die wichtigsten Industrieländer der EU.

KOMPETENZEN UND WELTPLEYER

Zahlreiche Innovationen aus den Bereichen Luft- und Raumfahrt, Mobilität (TGV-Hochgeschwindigkeitszüge), Energiewirtschaft, Pharma (Sanofi gehört z.B. weltweit zu den wichtigsten Unternehmen der Branche), Ausbau der Breitbandnetze oder kühne Projekte aus der Bauwirtschaft (Beispiel Viaduc de Millau) sind mit Namen führender französischer Unternehmen verbunden. Sie widerlegen eindrucksvoll die Mär von der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie auf den Weltmärkten. Als ein aktuelles Beispiel für die Innovations- und Wettbewerbsstärke der französischen Unternehmen sei etwa auf den brandneuen Langstrecken-Business-Jet Dassault-Falcon 8X hingewiesen. Michelin gehört zu den Weltmarktführern in der Reifentechnik und so schöne Dinge wie Kosmetik und andere Konsum- bzw. Luxusgüter stammen von den französischen Weltkonzernen L'Oreal oder LVMH (Louis Vuitton).

Von den weltweit 500 führenden Unternehmen kommen allein 31 Gesellschaften aus Frankreich! Weitere erstklassige Industrieadressen, stellvertretend für viele weitere Gesellschaften Frankreichs, sind Total, GDF Suez, Schneider Electric, Vinci, Bouygues, Renault, PSA Peugeot Citroën, Air Liquide, Saint Gobain, immer noch auch Alstom im Segment Transportation, und natürlich Airbus, dessen größter Pro-

duktionsstandort einschließlich der Konzernzentrale sich in Toulouse befindet. Führende Dienstleister wie Capgemini, Vivendi, Orange sowie die Finanzgesellschaften Axa, BNP, SG und Crédit Agricole belegen den Rang Frankreichs als bedeutender Dienstleistungsstandort.

Nach den Maastricht-Kriterien der EU soll der Schuldenstand der EU-Mitglieder die Grenze von 60% – bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt – nicht überschreiten. Gleichzeitig darf das Haushaltsdefizit der EU-Mitglieder jährlich die Grenze von 3% vom BIP nicht übersteigen. Insbesondere beim Schuldenstand weicht Frankreich mit einer Quote von 96% vom BIP erheblich ab. Aber diese Quote sagt, allein bewertet, nichts über die Leistungskraft einer Volkswirtschaft aus.

SCHULDEN ALLEIN KEIN KRITERIUM

Dies beweist eindrucksvoll Japan: Das am stärksten verschuldete Land der Welt ist mit einer Schuldenquote von sage und schreibe 244% zum BIP dennoch die drittstärkste Volkswirtschaft der Welt mit zahlreichen internationalen tätigen Leitunternehmen wie Canon, Honda, Hitachi, Mitsubishi, Sony, Toshiba oder Toyota, um nur einige zu nennen. Und auch die USA liegen mit einer Verschuldung von 106% zum BIP erheblich über dem Wert Frankreichs. Schulden sind a priori allein kein Kriterium für eine schwächelnde Volkswirtschaft, solange den Schulden eine starke Realwirtschaft gegenübersteht.

In der EU ist Griechenland mit 175% Verschuldung einsamer Spitzenreiter und selbst das Industrieland Italien mit seiner starken Position im Bereich der familiengeführten mittelständischen Unternehmen weist einen Verschuldungsgrad von 135% aus. Problematisch – dies ist beispielsweise in Griechenland der Fall – wird es allerdings dann, wenn eine

Volkswirtschaft keine oder fast keine industrielle Wertschöpfung besitzt. Dies ist aber in Frankreich mit seinen erheblichen Ressourcen nicht der Fall. Frankreich erwirtschaftete 2014 ein Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 2.885,69 Milliarden US-Dollar und ist somit die zweitstärkste Volkswirtschaft Europas (Deutschland erzielte im Vergleichszeitraum ein BIP in Höhe von 3.118,9 Milliarden US-Dollar und das Vereinigte Königreich liegt mit 2.827,5 Milliarden US-Dollar an dritter Stelle in Europa). Quelle: IWF.

Die Probleme Frankreichs liegen weniger am Verschuldungsgrad als an den strukturellen Eigenheiten Frankreichs. So liegt der Anteil der Staatsausgaben mit 57% vom BIP entschieden zu hoch, wie Frankreichs Ministerpräsident Manuel Valls auch offen bekennt. Deshalb setzt die französische Regierung an dieser Stellschraube an und will die Staatsausgaben bis 2017 um 50 Mrd. Euro reduzieren; bereits bis Ende 2015 sollen sie um 21 Mrd. Euro geringer ausfallen. Weitere Impulse für die französische Volkswirtschaft sollen durch die Senkung der Körperschaftsteuer erreicht werden. Erste Erfolge zeigten sich bereits beim Abschluss der Bilanzen 2014 bei den französischen Großunternehmen des Börsenleitindex CAC 40. Die Unternehmen registrierten 2014 einen erheblichen Gewinnanstieg um ca. 33%.

BESSERE RAHMENBEDINGUNGEN

Weitere Maßnahmen hat Frankreich zur Effizienzsteigerung der Unternehmen mit der Vereinfachung der regulativen Rahmenbedingungen eingeleitet. Manuel Valls stellt insgesamt die Vorzüge seines Landes in den Vordergrund. So sei Frankreich in vielen Bereichen wesentlich besser als wahrgenommen und in der Zukunftstechnologie Ausbau der Breitband-Netze bereits in der Spitzen-

gruppe. Bei Breitbandanschlüssen innerhalb der OECD Länder befindet sich Frankreich an vierter Stelle – deutlich vor den USA. Auch verweist Valls auf den hohen Ausbildungsstand französischer Ingenieure, der schon besser sei als im amerikanischen Silicon Valley. Über hohe akademische Ressourcen verfügt Frankreich besonders in den Segmenten Mathematik, Physik und Informatik.

GEMEINSAME PROJEKTE

Deutschland und Frankreich sind traditionell die Motoren der EU. Diese Position wird weiter ausgebaut. Beim jüngsten Gipfel des Deutsch-Französischen Ministerrats in Berlin wurde deshalb u.a. beschlossen, eine ehrgeizige digitale Agenda gemeinsam zu forcieren, um Europa zu einer weltweiten Führungsrolle zu verhelfen. Dazu gehören auch neue Geschäftsmodelle im Rahmen einer bereits bestehenden Kooperation im Weltraum. Konkret geht es im Bereich der Satellitenbeobachtung um die Ausweitung der neuen Generation mit den Systemen CSO und SARah. Weitere Aktivitäten bei der Megaherausforderung der künftigen Energieversorgung werden bei der Stromspeicherung gemeinsam angegangen. Deutschland und Frankreich haben innerhalb der EU als die stärksten Volkswirtschaften Interessen, die natürlich auch der gesamten EU nützen. Dabei hat Frankreich viel zu bieten und bringt in die Zusammenarbeit u.a. auch seine hochkarätige Forschung ein.

Denn die großen Herausforderungen unserer Zeit, nämlich Nachhaltigkeit und Ressourcen, Trinkwasser, Gesundheit und Ernährung sowie Mobilität, Energie und Umwelt lassen sich nur länderübergreifend durch die Bündelung der wissenschaftlichen Kapazitäten meistern.



PARTNER COUNTRY 2015

PARTNERLAND INDIEN WIRBT AUF DER HANNOVER MESSE 2015 UM INVESTOREN:

Licht und Schatten

> James R. Finney

Indien ist nach 2006 erneut Partnerland auf der Hannover Messe. Das Land umwirbt deutsche Unternehmen. „Deutschland ist unser bevorzugter Partner beim Umbau Indiens in einen global bedeutenden Produktionsstandort“, sagte Narendra Modi, seit dem 26. Mai 2014 Indiens neuer Premier, in einem Grußwort. Auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach Artigkeiten aus: „Als weiter aufstrebende

der indische Subkontinent ein riesiges Nachfragepotenzial auch für die deutsche Wirtschaft dar. Mit einem jährlichen Wirtschaftswachstum von zehn Prozent im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre und aktuell rund fünf Prozent gehört Indien zu den am stärksten wachsenden Volkswirtschaften der Welt. 2014 erwirtschaftete Indien ein Bruttoinlandsprodukt von 1.995,8 Mrd. US-Dollar. Insbesondere das BIP liest sich zwar nominal gut, rechnet man aber das BIP in den pro Kopf-Wert um, rangiert Indien an 144.

Infrastruktur das Wachstum und die Entwicklung.

KORRUPTION UND BÜROKRATIE

Selbst die Weltbank stuft Indien als Investitionsstandort erst auf den 142. Platz! Vor allem die Hemmnisse der enormen Bürokratie in den 29 indischen Bundesstaaten bringen viele deutsche Unternehmen zum Verzweifeln. So beklagen Firmen in-

soll. Indiens neuer Premier Modi setzt auf mehr Entfaltungswillen durch die indische Gesellschaft. Schließlich will Modi die Bürokratie deutlich abbauen und zum Beispiel die Genehmigungsprozesse vereinfachen und verkürzen. Auch sei, so Modi, die von seiner Regierung gestartete Initiative „das Herzstück unserer Bemühungen, in unserer Wirtschaft den Anteil der nachhaltigen Produktion zu steigern und gleichzeitig neue Jobs für Millionen junger Menschen zu schaffen“.

In der bereits erwähnten mangelhaften Infrastruktur sollen gigantische Projekte für Abhilfe sorgen. So sollen zwischen Delhi und Mumbai eine neue Hochgeschwindigkeitsstrecke für Hochgeschwindigkeitsgüterzüge für einen besseren Gütertransport sorgen. In der Vergangenheit haben beispielsweise französische Unternehmen kritisch darauf hingewiesen, dass die Transporte innerhalb Indiens wesentlich länger andauern würden, wie zwischen Frankreich und Indien.

TRADITIONELLE STÄRKEN

Indien ist immer noch ein Land des Umbruchs. Dabei hat Indien beeindruckende Akzente gesetzt, wie die Bundeskanzlerin in einem Grußwort zum Hannover Messe Partnerland Indien schrieb. Vor allem auf den Feldern der Luft- und Raumfahrt sowie der IT-Branche mit intelligenten Software-Lösungen hat sich insbesondere in Bangalore im indischen Bundesstaat Karnataka ein führendes Zentrum entwickelt. Indien gehört inzwischen zu den wichtigen Exporteuren von IT-Dienstleistungen. Aber auch die indische Chemie und Pharmaindustrie hat längst den Anschluss an das Weltniveau geschafft.

Im Bereich der Mischkonzerne haben sich auch im Westen zwei indische Traditionsnamen durchsetzen können: Mittal und Tata. Während Mittal von Europa aus sein weltweites Stahlimperium ArcelorMittal (London und Luxemburg) führt, hat Tata vor einigen Jahren die britischen Nobelmarken Jaguar und Land Rover übernommen und zu neuer Blüte geführt. Diese Beispiele zeigen, dass auch personelle Ressourcen in Indien durchaus vorhanden sind.

Vor wenigen Tagen hat Indiens Premier bei einem Besuch bei Frankreichs Staatspräsident Hollande eine erste Tranche von 36 Rafale-Jets des Herstellers Dassault bestellt. Allerdings hat Indien bereits vor ca. drei Jahren 126 Jets des gleichen Fabrikats bestellt – und seit dieser Zeit rangeln Indien und Dassault um Vertragsauslegungen. Das typische Problem mit indischen Behörden. Außenpolitisch wird Indien derzeit stark umworben. Nicht wenige Beobachter im Westen fürchten eine globale Verschiebung zugunsten einer neuen strategischen Partnerschaft Indiens mit Russland und – man höre und staune – auch längerfristig mit China. Kurz nach seinem Amtsantritt hat Premier Modi auffallend vom „privilegierten strategischen Partner Russland“ gesprochen. Indien ist sich seiner strategischen Stärke bewusst.

Nützliche Adressen

Deutsch-Indische Handelskammer
Büro Düsseldorf
Citadellstraße 12
40213 Düsseldorf
duesseldorf@indo-german.com

APA Asien-Pazifik-Ausschuss
der Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29
10178 Berlin
asien-pazifik@bdi.eu



Eröffnungsfeier der Hannover Messe 2015: Premierminister Narendra Modi, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sowie Stephan Weil, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen.

© Hannover Messe

Wirtschaftsmacht baut Indien nicht nur auf traditionsreichen Wirtschaftszweigen auf, sondern setzt unter anderem mit einer leistungsstarken Chemie- und IT-Branche beeindruckende Akzente.“

In der Tat sind die Fundamentalzahlen des Riesenlandes beeindruckend. Mit 1,3 Milliarden Einwohnern stellt

Stelle von insgesamt 186 untersuchten Staaten (Daten vom IWF). Mit einem Handelsvolumen von 16,1 Mrd. Euro ist Deutschland der wichtigste Handelspartner Indiens innerhalb der EU. Aber Indien steht deutlich im Schatten des asiatischen Rivalen China. Immer noch erschweren erhebliche Defizite vor allem in der

nerhalb Indiens die innerindischen Zollkontrollen, die eigentlich unverstänlich sind. Deutsche Firmen kritisieren auch das oft grundsätzliche andere Geschäftsgebaren infolge der kulturellen Unterschiede. Dem will insbesondere die Kampagne „Make in India“ entgegenwirken, die für eine neue Aufbruchstimmung sorgen